

TTIP gefährdet die sozialen Standards

Hessische Wohlfahrtsverbände kritisieren Freihandelsabkommen

„Wir begrüßen, dass Politiker aus Bund und Ländern von der kommenden Woche an wohl endlich die geheimen TTIP-Dokumente einsehen dürfen“, kommentiert Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen entsprechende Medienberichte vom Dienstag. „Doch angenehme Überraschungen erwarten wir uns keinesfalls von dieser längst überfälligen Transparenz.“ Denn ohne die Details zu kennen, ist schon jetzt klar, dass das umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA ausschließlich das Wohl multinationaler Konzerne im Blick hat. Besonders stark gefährdet es die hohe Qualität sozialer Dienstleistungen, die in Deutschland gemeinnützige Träger garantieren, die nicht profitorientiert arbeiten. Ein Aspekt, der bei der öffentlichen Debatte über TTIP oft vernachlässigt wird.

Gemeinnützige Träger, die sich in ihrer Arbeit stark an ethischen Werten orientieren, würden durch Freihandelsabkommen in scharfer Konkurrenz zu gewerblichen Anbietern stehen, die rein gewinnorientiert sind. Zudem würde durch TTIP das gesamte deutsche Gemeinnützigkeitssystem unter Druck geraten, da Konzerne vor internationalen Schiedsgerichten gegen vermeintliche Wettbewerbsvorteile der gemeinnützigen Träger klagen könnten. Schon jetzt ist absehbar, dass amerikanische Hostelbetreiber das Deutsche Jugendherbergswerk, welches gemeinnützig ist und öffentlich gefördert wird, verklagen werden.

Diese Einschätzung des PARITÄTISCHEN Hessen teilen die hessischen Wohlfahrtsverbände AWO, Caritas, Diakonie und Deutsches Rotes Kreuz. Gemeinsam hatten die fünf Organisationen am Montagnachmittag in Frankfurt in einer öffentlichen Veranstaltung mit 150 Teilnehmern über die Gefahren der Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA informiert. „Soziale Dienste sind keine Ware, sondern Vertrauensdienstleistungen nahe am Menschen. Sie sollten nach anderen Regeln laufen“, sagte Dr. Joachim Rock, Abteilungsleiter Abteilung Arbeit, Soziales und Europa des Paritätischen Gesamtverbandes bei der Veranstaltung im Haus am Dom.

„Wir fordern die Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene eindringlich auf, bei der Lektüre der TTIP-Dokumente auch ein besonderes Augenmerk auf die fatalen Folgen für die sozialen Standards zu haben“, sagt Thomas Przibilla, Geschäftsführer des AWO Bezirksverbands Hessen-Süd. „Am besten wäre es, wenn Deutschland auf die EU einwirken würde, die TTIP-Verhandlungen abubrechen.“ Dabei schließen sich die Verbände dem Referenten Herrn Dr. Kessler, Chefredakteur des Publik-Forums, an, der eine Regulierung der Globalisierung fordert, aber das in Form eines „Fair-Trade-Abkommens“!

Kontakt für die Presse:

Annette Wippermann

Referentin für Grundsatzfragen beim PARITÄTISCHEN Hessen

Telefon: 069/95 52 62-29

E-Mail: annette.wippermann@paritaet-hessen.org



Diakonie

